

PRESSE information

24/2008



BUND und Bürgerinitiative gemeinsam gegen TRIANEL-Steinkohlekraftwerk in Lünen

Klage-Allianz gegen Klimakiller

Bürgerinitiative
BI - Kontra Kohle Kraftwerk
e.V. (i.Gr.)

SPERRVERMERK
24.04.'08, 11.00 Uhr

Lünen, 24. 04.2008 Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk e.V. (BI-KKK e.V.) haben eine Klage-Allianz zur Verhinderung des geplanten TRIANEL-Steinkohlekraftwerks in Lünen geschmiedet. BUND und Bürgerinitiative kündigten heute an, alle Vorbereitungen getroffen zu haben, um das umstrittene Kraftwerk im Falle einer Genehmigung juristisch zu stoppen. Da dem BUND ein weiter gehendes Klagerecht zusteht, wurde formal eine enge Kooperation zur Unterstützung einer Verbandsklage besiegelt. BUND und Bürgerinitiative rufen die betroffene Bevölkerung dazu auf, die absehbare Klage zu unterstützen, um das „klimaschutzpolitisch verheerende Kraftwerksprojekt mit seinen fatalen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt“ zu verhindern. Käme das Kraftwerk, würde die Atmosphäre mit bis zu 5,7 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid zusätzlich belastet. Die Gesundheit der Menschen in Lünen und Umgebung würde außerdem durch gesundheitsschädliche Feinstäube und Schwermetalle gefährdet.

Darüber hinaus halten die Umweltschützer das Kraftwerk für energiepolitisch überflüssig. "Die von vielen Kraftwerksplanern behauptete angebliche Stromlücke existiert nicht," sagte der stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende Klaus Brunsmeier. „Diese Behauptung ist unseriöse Panikmache. Hier geht es allein um Profitinteressen.“ Der BUND-Bundesverband kündigte an, die mögliche Klage gegen das Lünener Kraftwerk wegen ihrer bundespolitischen Bedeutung nach Kräften zu unterstützen. Auch setzt sich der BUND für ein Neubauverbot für Kohlekraftwerke ein. Die Sicherung der Stromversorgung ist nach BUND-Auffassung auch bei einem Festhalten am Atomausstieg und ohne neue Kohlekraftwerke möglich. Die Umweltschützer setzen dabei auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, die klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung und flexible Gaskraftwerke. Zentrale Voraussetzung sei ferner, dass der Stromverbrauch in den nächsten Jahren deutlich reduziert wird.

Für den BUND verbietet sich angesichts der zentralen Rolle Nordrhein-Westfalens beim Klimaschutz der Bau neuer Kohlekraftwerke. „Schon jetzt ist NRW für 44 % aller vom Emissionshandel erfassten Kohlendioxidemissionen verantwortlich. Werden die 10 in NRW geplanten neuen Kohlekraftwerke realisiert, werden netto zusätzlich 25 Mio. t des Klimakillers CO₂ in die Luft geblasen. Unser Land würde sich damit endgültig vom Klimaschutz verabschieden“, betonte Friedrich Ostendorff, stellvertretender BUND-Landesvorsitzender. Das Ruhrgebiet zwischen Krefeld und Hamm sei dabei der zentrale Ort der klimapolitischen Auseinandersetzung, da allein hier bis zu sieben „Klimakillerkraftwerke“ auf Steinkohlebasis geplant seien. Gegen die Kraftwerke Herne (Evonik) und Datteln (E.ON) ist der BUND bereits vor Gericht gezogen.

Im Falle Lünen besonders perfide sei, dass das Kohlekraftwerk ausgerechnet auf einem im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Vorranggebiet für Windkraftanlagen errichtet werden soll.

.../2

BUND und BI KKK halten das TRIANEL-Kraftwerk auch wegen der hohen Vorbelastung im Lünener Raum für nicht genehmigungsfähig. Thomas Matthée, Sprecher der BI Kontra Kohle Kraftwerk: „Es kann nicht angehen, dass die hiesige Bevölkerung zusätzlichen gesundheitlichen Gefährdungen durch Luftschadstoffe ausgesetzt werden soll, während sich die Anteilseigner an dem Kraftwerk aus der eigenen lokalen Verantwortung davonestehlen.“ Für „hochgradig risikoreich“ halten die Kraftwerksgegner insbesondere auch die Pläne, die durch den Verbrennungsprozess der Kohle entstehenden Rauchgase nicht wie herkömmlich über einen Schornstein, sondern über einen Kühlturm abzuführen.

Aber auch Gründe des Natur- und Gewässerschutzes sprächen gegen eine Kraftwerksgenehmigung. Heinz-Georg Beyer, Sprecher der BUND-Kreisgruppe Unna, beklagt die Verletzung europäischer Richtlinien: „Die Lippe ist als Natura 2000-Gebiet ausgewiesen und fällt somit unter den höchsten Europäischen Naturschutzstatus. Dazu entspricht der Salzgehalt der Lippe bereits jetzt schon nicht den strengen EU-Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie. Durch den Bau des Kraftwerkes und die zusätzlichen Schadstoff- und Wärmefrachten würde die Lippe weiter rechtswidrig beeinträchtigt.“

Die Klage-Allianz aus BUND und Bürgerinitiative blickt einer möglichen gerichtlichen Auseinandersetzung wegen der zahlreichen Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen daher mit großem Optimismus entgegen.

Pressekontakt: Dirk Jansen, BUND-Geschäftsleiter, T. 0211 / 30 200 5 22, mobil: 0172 / 29 29 733

Thomas Matthée, BI - Kontra Kohle Kraftwerk e.V. (i.Gr.), T. 02306 / 782 085

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/trianel_luenen.htm oder <http://www.kontra-kohle-kraftwerk.de/>